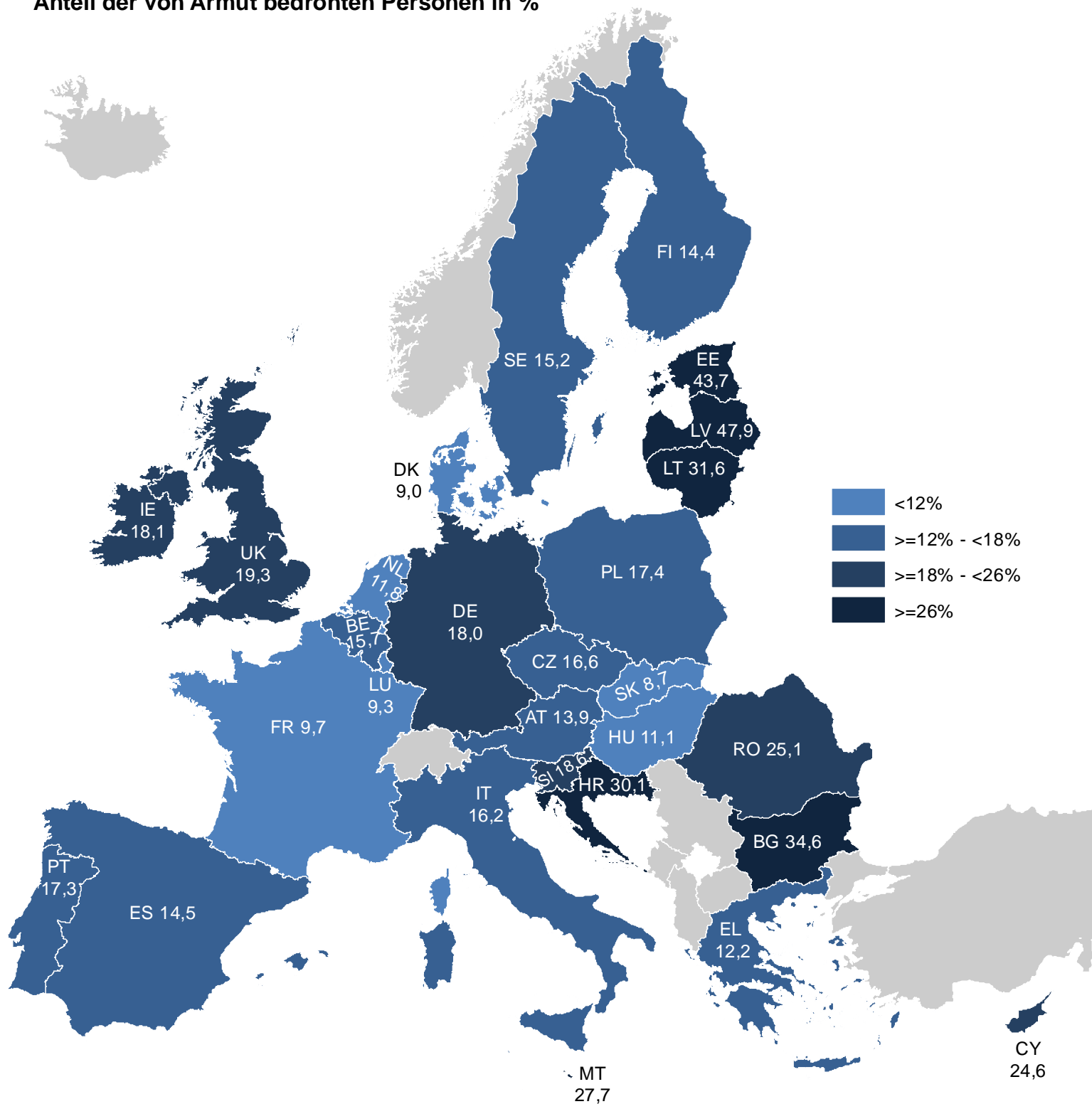


■ Armutsgefährdungsquoten¹ in der Altersgruppe 65 Jahre u. älter in der EU 28, 2019²

Anteil der von Armut bedrohten Personen in %



¹Armutsgefährdungsgrenze: 60% des medianen Äquivalenzeinkommens

²Für Großbritannien liegt kein aktueller Wert vor, daher ist hier der Wert des Jahres 2018 abgebildet

Quelle: Eurostat (2021): Armutsgefährdungsquoten, EU-SILC

© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen - NUTS 2016

Armutsgefährdungsquoten in der Altersgruppe 65 Jahre und älter in der EU 28, 2019

In dieser Karte sind die Armutsgefährdungsquoten für die Altersgruppe 65 Jahre und älter der einzelnen Länder der EU-28 abgebildet. Die niedrigste Quote weist die Slowakei auf (8,7 %), aber auch Dänemark (9,0 %), Luxemburg (9,3 %), Frankreich (9,7 %) und Ungarn (11,1 %) weisen im europäischen Vergleich eine geringe Quote auf. Deutschland befindet sich mit 18,0 % im Mittelfeld. Die höchsten Armutsgefährdungsquoten finden sich mit zum Teil deutlich mehr als einem Drittel der Bevölkerung ab 65 Jahren in Kroatien (30,1 %), Litauen (31,6 %), Bulgarien (34,6 %), Estland (43,7 %) und Lettland (47,9 %).

Ein Blick auf die Armutsgefährdungsquoten für die Gesamtbevölkerungen zeigt, dass es sowohl Länder gibt, in denen die Älteren einem geringeren Armutsrisiko ausgesetzt sind, als die Gesamtbevölkerung, als auch Länder, die ein deutlich höheres Risiko aufweisen (vgl. [Abbildung X.24](#)). Die Bandbreite der Quoten ist für die Älteren (8,7 % bis 47,9 %) deutlich weiter als für die Gesamtbevölkerung (10,1 % bis 22,6 %). Insbesondere bei Älteren ist ein hohes Armutsrisiko problematisch, da die Armut in dieser Altersgruppe häufig verfestigt ist. Personen ab 65 Jahre haben selten und wenn meist nicht langfristig die Möglichkeit bspw. durch Erwerbseinkommen eine Veränderung ihrer Situation zu erreichen. Hinzu kommt, dass mit fortschreitendem Alter und ggf. einer Verschlechterung der Gesundheit zusätzliche Kosten entstehen.

Hintergrund

Die Bekämpfung von Armut zählt zu einem der wichtigsten sozialpolitischen Ziele der Europäischen Union. Trotzdem leben in der EU viele Menschen unter Einkommensbedingungen, die mit einem Armutsrisiko verbunden sind. Dabei hat sich die Armutsgefährdungsquote sehr unterschiedlich entwickelt: in Frankreich blieb sie in den letzten 10 Jahren vergleichsweise stabil, wohingegen Länder wie Griechenland und Rumänien deutliche Schwankungen aufweisen (vgl. [Abbildung X.10](#)).

Eine Armutsgefährdung liegt vor, wenn das für jedes Haushaltsmitglied verfügbare Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu erwerben, die zur Abdeckung des jeweiligen nationalen soziokulturellen Existenzminimums erforderlich sind. Die Armutsgefährdungsschwelle ist auf 60 % des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens festgesetzt.

Die nationalen Schwellenwerte für die Armutsgefährdung fallen dabei sehr unterschiedlich aus. Während der Schwellenwert für eine alleinstehende Person in Deutschland 2019 bei 14.109 Euro im Jahr lag, galt in Spanien bereits der Betrag ab unter 9.009 Euro im Jahr als armutsgefährdend und in Polen ab unter 4.275 Euro. In diesem Zusammenhang spricht man deshalb von einer relativen Armut.

In der weiteren Betrachtung verschiedener Haushaltstypen ergibt sich in der EU für 2019 ein besonders hohes Armutsrisiko bei alleinlebenden (26,6 %) und alleinerziehenden (33,1 %) Personen. Zusätzlich hängt das Armutsrisiko in hohem Maß mit dem erworbenen Bildungsgrad, dem Alter und dem Geschlecht zusammen.

Methodische Hinweise

Die Daten beruhen auf den Ergebnissen des EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions) vom statistischen Amt der Europäischen Kommission (Eurostat). Der EU-SILC ist eine sich jährlich wiederholende Erhebung in allen EU-Ländern und dient als Bezugsquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Eingliederung in der Europäischen Union.

Großbritannien hat die EU zum 01. Januar 2021 verlassen. Da es im Berichtsjahr 2018 jedoch noch Teil der EU war, wird es hier mit dargestellt.

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an einer Gesamtgruppe ist. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – entstehen. Die Einkommen werden also gewichtet.

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist die Summe der gesamten Einkommen aller Haushaltsmitglieder aus allen Quellen (einschließlich Einkünften aus Erwerbstätigkeit, Anlagen und Sozialleistungen), wobei Einkommen auf Haushaltsebene hinzugerechnet, Steuern und Sozialbeiträge hingegen abgezogen werden. Um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Zusammensetzungen Rechnung zu tragen, wird der Gesamtbeitrag anhand einer Standard(äquivalenz)skala durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ dividiert. Bei dieser „modifizierten OECD-Äquivalenzskala“, werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder im Alter von 14 Jahren und darüber mit 0,5 sowie Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Das so ermittelte Äquivalenzeinkommen wird den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugeordnet. Für die Erstellung der Armutsindikatoren wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen berechnet, indem das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen durch die Haushaltsäquivalenzgröße geteilt wird. Folglich ergibt sich für jede in dem Haushalt lebende Person dasselbe Äquivalenzeinkommen.

Aus diesem Berechnungsverfahren folgt, dass ein Älterer dann als arm gilt, wenn das bedarfsgewichtete pro-Kopf Einkommen des Haushaltes, in dem er lebt, die Armutsschwelle unterschreitet. Dies heißt: Armut kann vermieden werden, wenn die anderen Haushaltsmitglieder, so der*die Ehepartner*in, über ein ausreichend hohes Einkommen verfügen.

Die Höhe der Armutsrisikoquoten hängt u.a. auch von der Datenbasis ab. In der Auswertung des Mikrozensus (Befragung von 1 % aller Haushalte) errechnet das Statistische Bundesamt für das Jahr 2019 eine Armutsquote für die Gesamtbevölkerung von 15,9 % (vgl. [Abbildung III.72](#)).

In der Karte fehlen einige Länder, wie zum Beispiel Bosnien-Herzegowina und Kosovo, da Eurostat in deren Karten nur die Mitgliedsstaaten der EU, Länder des EFTA (European Free Trade Association) und Beitrittskandidaten der EU darstellt.